Das Zusatzprotokoll zum Pakt von Versailles

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **9 (1919)**

Heft 50

PDF erstellt am: **22.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-646265

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Das Zusatzprotokoll zum Pakt von Versailles.

Vor einiger Zeit stellten die Berliner Korrespondenten der großen Ententezeitungen fest, daß die Reaktion in Deutschland nicht mehr aufzuhalten sei. Sie stützten sich dabei auf die sichtbare Ausbreitung des Nationalismus in allen Parteien, von den Unabhängigen weg bis zu den Anhängern des Grafen Westarp. Die Folgen des furchtbaren Elendes entwurzeln die Gesinnung der Massen; die revolutionäre Zeit wird, von Erinnerung vergoldet, zum verlornen Paradies; die Politik der Entente tut das Höchstmögliche, um die Fabel vom deutschen Verteidigungskrieg nachträglich in Wahrheit zu wandeln. So muß die Entwicklung folgerichtig nach rechts gehen, muß es; denn die kommunistischen und radikalsozialistischen Tendenzen gedeihen beim deutschen Volk und seiner traditionellen Staatsgesinnung schlecht.

Um dieser drohenden Reaktion die Spitze abzubrechen, hat sich der geistige Führer der Ententebourgeoisie, Clémenceau, zu einem entschlossenen Vorgehen aufgerafft. Er fühlte, wie Berlin seit der gescheiterten Ratifikation des Versaillerpaktes in Washington noch hartnäckiger wurde als bisher.

Um neue Garantien für die Einhaltung der deutschen Verpflichtungen zu erhalten, ließ der Oberste Rat der Alliierten ein Zusatzprotokoll zum Versaillervertrag abfassen, das die Deutschen bei dem Austausch der Ratifikationsurkunden unterzeichnen sollten. Berlin schickte einen Unterhändler der alten Schule, den Herrn von Simon, nach Paris, um die Milderung dieses Protokolls zu veranlassen und zugleich die endgültige Entlassung der Kriegsgefangenen unverzüglich in die Wege zu leiten. Entweder machte nun dieser Herr von Simon Politik auf eigene Faust, oder auf Rechnung der Berliner Hauptregierung Ebert-Noske-Bauer oder auch der anonymen Nebenregierung — kurz — er verließ plötzlich Paris. Außerordentlich rasch erklärten die Berliner Blätter den Fall: Der Wortbruch der französischen Regierung in der Gefangenenfrage wäre die Ursache; die Verhandlungen über das Zusatzprotokoll seien hiemit auf dem toten Punkte angelangt; man erwarte, daß die Regierung das Protokoll unter keinen Umständen unterzeichnen werde.

Mit ihren wohldurchdachten Kommentaren unterstützten sie eine gleichdenkende Regierung, deren hinterhältige Politik zweifellos allen Durchschnittsdiplomaten schwer zu schaffen machen müßte. An Clémenceaus unbarmherziger Konsequenz wurden sie zuschanden. In einem Augenblicke, wo der Oberste Rat mit tausend Schwierigkeiten zu kämpfen hat und sich in seiner Mehrheit von Ueberraschungen verwirren läßt, muß der Einfluß eines Unbeugsamen sich bis zur Allmacht steigern. Clémenceau überschaute die Situation, unterschied das Wesentliche vom Nebensächlichen und wog Erfolg und Mißerfolg genau ab. Die steigenden Schwierigkeiten Wiens, die den Alldeutschen willkommen sind, müssen sich zum Vorteil Frankreichs wenden. Die litauischen Angriffe auf das abziehende deutsche Militär, die Unterstellung des geschlagenen Bermont unter das Kommando des reichsdeutschen Generals von Eberhardt und die bevorstehende lettische Kriegserklärung an Deutschland dienen zur Feststellung alldeutscher imperialistischer Politik. Die nach Paris zurückkehrenden Politiker Maklakows bestätigen, daß Denikin vortrefflich stehe; es ist Aussicht, daß Südslavien den Frieden von Saint Germain und den in naher Frist von Bulgarien unterzeichneten Frieden von Neuilly ratifizieren werde; in Ungarn hat sich der neue Kabinettchef Huszar, der Strohmann des zurückgetretenen Friedrich, mit einer formaldemokratischen Regierung nach dem Wunsche von Paris umgeben; Rumänien erhält eine achttägige Frist zur Unterzeichnung des Vertrages von Saint Germain; Paderewski verbreitert die demokratische Basis seiner Regierung; in Frankreich, dessen Wille überall gefürchtet ist, hat der Bolschewismus eben eine schwere Wahlniederlage erlitten; Frankreich ist stark. Frankreich darf es wagen. Deutschland aber hat für seinen Simonstreich den allerungünstigsten Moment erwählt.

So unterzeichnet denn Clémenceau zuerst am 22. November zwei Noten von grausamer Entschlossenheit und rüttelt damit den deutschen Bevollmächtigten in Paris, von Lersner, und seine Auftraggeber unsanft genug aus ihren Illusionen auf. Die eine drückt das Erstaunen der Alliierten über Simons Abreise aus und schob jede Verantwortung auf Verzögerung des Friedens auf die deutsche Regierung; der Oberste Rat wünschte außerdem zu erfahren, welches die Absichten der Berliner Regierung seien. Die zweite Note teilte mit, daß Frankreich „angesichts der planmäßigen Verwüstung aller von den Deutschen besetzten Gebiete Nordfrankreichs" Frankreich einer Abweichung vom Vertrage zugunsten der deutschen Gefangenen nicht zustimmen dürfe; „die tiefsten Gefühle des menschlichen Herzens sind zu grausam verletzt worden, als daß eine Vergünstigung, wie die von Ihnen verlangte von der französischen öffentlichen Meinung zugestanden werden könnte". Deutschland, das versprochen, die an der Verwüstung Schuldigen auszuliefern, erklärt heute, dazu außerstande zu sein. Wie würden die Bewohner Nordfrankreichs es auffassen, wenn nun Frankreich die deutschen Gefangenen heimziehen ließe, umsomehr, als noch keine Verständigung über die Anstellung ziviler Kräfte für den Wiederaufbau getroffen wurde! Die Sabotage der deutschen Regierung gegenüber den Waffenstillstandsbedingungen, durch die Flottensprengung bei Scapa Flow und die Taten im Baltikum, die mit ungeheuren Krediten arbeitende Propaganda gegen die Alliierten widersprechen dem Vertrag. Frankreich aber schuldet Deutschland „nichts als die genaue Erfüllung" des Vertrages, „den es am Ende des erbarmungslosen Krieges angenommen hat".

Die Regierung in Berlin erwiderte, daß die Gefangenen laut einer Abmachung vom 29. August zu entlassen seien, als Gegenleistung für deutsche Kohlenlieferungen und für die rasche Genugtuung im Fall des Mordes an dem französischen Sergeanten Mannheim, und bestritt im übrigen die Vorwürfe Clémenceaus.

Diese Antwort muß als sehr unglücklich bezeichnet werden. Denn Clémenceau entkräftete den Hinweis auf den 29. August mit der einwandfreien Bemerkung, daß ein solches Versprechen mit der deutlichen Absicht, human zu sein, gegeben wurde, außerdem aber an die Bedingung geknüpft worden sei, daß man von seiten Deutschlands den Vertrag loyal halte. Von Loyalität sei nun aber keine Rede. In einer Note vom 2. Dezember belegt er Deutschlands bösen Willen mit einem starken Beweis: Mit der Tatsache geheimer deutscher Rüstungen. In allen Ortschaften würden neben den gesetzlich erlaubten Korps der „Reichswehr" „Zeitfreiwillige", „Einwohnerwehren" und „Reserven" mit militärisch ausgebildeten Stäben gebildet und Munitionslager aufgehäuft, mit dem offenbaren Zweck, den Friedensvertrag umzustoßen.

Dieser Note folgte, nachdem Deutschland die tatsächlichen Rüstungen leugnete, am 8. Dezember eine letzte, die allen weitern Verschiebungen und Verschleppungen ein Ende macht. Sie enthält zwar kein Ultimatum zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls, wohl aber eine befristete Kündigung des Waffenstillstandes, worauf dann zur Besetzung von Frankfurt und Essen geschritten würde. Es hieß, Krupp habe auf Lokomotiven ummontiert und werde jährlich 300 Stück liefern. Paris ist neugierig auf diese Ummontierung.

Das Ultimatum wird Erfolg haben, wie sehr auch Noske sich in den Zeitungen gegen die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls wehrt. -kh-

Aphorismus.

Um mit Menschen und in Staaten zu leben, muss man die Punkte aufsuchen, die uns vereinen, nicht, die uns trennen.

Karl Hilty.